

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 96 846-48 ppbn d

Inhalt

Heinz Pensky MdB, SPD-
Obmann für innere Sicher-
heit fordert mehr Schutz
für deutsche Banken

Seite 1/2

Max von Heckel, SPD-Vor-
sitzender in München und
OB-Kandidat, warnt vor dem
Abbau der Liberalität in
der "Weltstadt mit Herz"

Seite 3/4

Karl Hofmann MdB unter-
sucht die merkwürdigen
außenpolitischen Aktivi-
täten der bayerischen
CSU

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnener Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 214

8. November 1977

Mehr Sicherheit in den Banken

Wer Repräsentation betreibt, kann auch für Sicherheit
sorgen

Von Heinz Pensky MdB
Obmann für Innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahlen sind alarmierend: Rund 11,6 Millionen DM haben nach Feststellungen und Vermutungen des Bundeskriminalamtes Terroristen in den letzten sechs Jahren bei Banküberfällen erbeutet. Die Zahl der Banküberfälle insgesamt ist allein von 1975 auf 1976 um über 30 Prozent auf über 500 gestiegen. Was aber haben die Banken und Sparkassen an Sicherheitsvorkehrungen getan? Die Antwort ist niederschmetternd: So gut wie gar nichts.

Schon 1972 formulierte eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus u.a. Bankenvertretern, Versicherern und Polizei einige Sicherheitsempfehlungen, wie die Installation von optisch-elektronischen Überwachungssystemen in den Schalterräumen. Ein bitteres Zahlenbeispiel: Von den rund 8.000 Zweigstellen und Filialen allein in Nordrhein Westfalen haben nur 160 optisch-elektronische Überwachungsanlagen eingebaut.

Ich meine: Wir haben lange genug gewartet und können daher nicht länger auf die sogenannten Selbstheilungskräfte der

Wirtschaft bauen. Die alarmierenden Zahlen müssen alle Verantwortlichen zum schnellen Handeln veranlassen. Im Klartext: Parlament wie Regierung sollten sich nicht länger von den Banken und Sparkassen bzw. deren Verbänden und Organisationen hinhalten lassen und klare gesetzliche Vorschriften zur Verbesserung der Sicherheit in den Schalterräumen schaffen.

Terroristen füllen ihre Kassen immer wieder mit geraubtem Geld auf. Mit diesem Geld können sie dann ihre Aktionen finanzieren, Wohnungen und Fahrzeuge anmieten. Wer aber die logistische Basis der Terroristen zerstört, lähmt ihre Handlungsfreiheit ganz entscheidend.

Unterstützungen finden diese Überlegungen auch bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Wie der 2. Vorsitzende der HBV, Günter Volkmar, versichert, hat auch die HBV die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Banken und Sparkassen Sicherheitsvorkehrungen immer wieder abgewiegelt haben. Gerade die HBV hat in den vergangenen Jahren - auch im Sinne einer verbesserten Sicherheit für die Bankbediensteten - versucht, mehr Sicherheit in den Sparkassen und Bankfilialen zu verwirklichen.

Auch die Bemühungen der Gewerkschaft haben die Banken immer wieder ignoriert. Mehr noch: Eine Umfrage unter dem Schalterpersonal hat ergeben, daß bereits vorgeschriebene Sicherheitsschulungen sträflich vernachlässigt werden.

Kostengründe können gegen die Verbesserung der Sicherheit in den Schalterräumen wohl kaum ins Feld geführt werden. Rund 80.000 DM kostet eine Überwachungsanlage in Spitzenqualität. Wer sieht, welchen Aufwand Banken und Sparkassen mit der Repräsentation treiben, wird kaum Verständnis dafür haben, daß andere bauliche Maßnahmen, wie Rohrpostanlagen zur Auszahlung von Geldern nicht durchgeführt werden.

Mehr Sicherheit bedeutet mehr Prävention. Gerade Sozialdemokraten haben immer ihr Augenmerk auf die vorbeugende Verbrechensbekämpfung gelegt. Mit Banken, die ihre Schalterräume besser sichern, kann, da bin ich sicher, die Zahl der Banküberfälle kurz- und mittelfristig vermindert werden. Automatische Kameras, dafür gibt es zahlreiche Beweise, bieten hilfreiche Fahndungsfotos. Schnelle Ergreifung der Täter ist aber noch immer die beste Prävention.

(-/8.11.1977/ks/ben)

+ + +

Sind Bayern unmündiger als andere Bürger ?

Die Alarm-Signale für das politische Leben in München häufen sich

Von Max von Heckel

Vorsitzender der Münchener SPD und Kandidat für das Oberbürgermeisteramt

Die Alarm-Signale häufen sich: Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Einschränkungen künstlerischer Freiheit, neue Kampagnen gegen die Liberalität in unserer Stadt und ein neuer Ruck nach rechts in der rechtspolitischen Diskussion bekannt würde. München, berühmt durch sein hervorragendes Angebot kultureller Einrichtungen, durch das Engagement hier tätiger Künstler, Schriftsteller, Filmemacher, leidet zunehmend unter dem Zugriff rechter Scharfmacher. Manche Vorgänge in der bayerischen Landeshauptstadt erinnern an finsterste Provinz.

Es ist noch nicht lange her, daß der immer stärker von der CSU strangulierte Bayerische Rundfunk ein Interview mit Heinrich Böll zunächst absetzte, dann vertagte und schließlich mit Verspätung mit samt einem distanzierenden Begleittext sendete - da wird heute schon der nächste Zensur-Akt bekannt: Wolfgang Petersens künstlerisch hochwertiger, bei den Hofer Filmtagen mit Erfolg vorgeführter Film "Die Konsequenz" ist auf bayerischen Bildschirmen am Dienstagabend nicht zu sehen. Der Bayerische Rundfunk schaltet sich - wieder einmal - aus dem ARD-Programm aus. Bayerns Bürger dürfen nicht zu Gesicht bekommen, was bundesweit gesendet und diskutiert wird. Sind Bayern unmündiger als andere Bundesbürger?

In solch ein Klima von Zensur und Bevormundung - nicht aber zu Münchens Ruf als Kulturstadt - paßt es auch, wenn auf einem Münchner Theater-Festival der als Pazifist bekannte Leiter eines internationalen Theater-Ensemble, Julian Beck, auf Weisung der Staatsanwaltschaft nachts mit einer Polizeiaktion aus dem Bett geholt und wegen "Staatsverunglimpfung" vorläufig festgenommen wird.

Beide Vorgänge fallen in die politische Verantwortung der CSU, die den Bayerischen Rundfunk in die Isolierung abgedrängt hat und den bayerischen Justizminister stellt. Andere Attacken auf die Liberalität wurden direkt von CSU-Repräsentanten geritten: Ich erinnere nur an den widerwärtigen Zeitungsartikel des Münchner CSU-Stadtrats und Bundestagsabgeordneten Dr. Günther Müller, der die Kinder in Münchner Freizeitheimen als "Rekruten des Terrors" denunzierte - ohne jeden sachlichen Anhaltspunkt natür-

lich, mit abwegigen und albernen Begründungen. Daß die Zeitung des CSU-Vorsitzenden und künftigen bayerischen Ministerpräsidenten Strauß solches Gift verbreitet, kann uns nicht gleichgültig lassen - ebensowenig wie die beklemmende Rede von Strauß vor der Jungen Union, in der er unmittelbar nach den Geiselnahmen den Kanzler und die Sicherheitskräfte verhöhnte und ein unter terroristischer Aufsicht besprochenes Tonband des inzwischen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten dazu mißbrauchte, die Verantwortlichkeiten zu verfälschen und die Handlungseintracht der Parteien in Bonn zu spalten.

Dies alles beunruhigt nicht nur die kulturell Schaffenden in unserer Stadt, sondern alle Menschen, die ein vitales Interesse an einem freien und liberalen Klima haben. Sie alle müssen es als Hohn empfinden, daß die Münchner CSU sich selbst das Etikett "liberal" aufzukleben versucht, ohne in einem einzigen der genannten Fälle liberal gehandelt zu haben: Münchens CSU distanzierte sich weder von der Rundfunkzensur noch von der Festnahme Julian Becks, weder von Müllers Artikel noch von der Strauß-Rede. Der Münchner CSU-Vorsitzende distanzierte sich nicht einmal von der Forderung Innenminister Seidls nach Wiedereinführung der Todesstrafe.

Viele kleine Mosaiksteine vervollständigen dieses Bild. Man denke nur an den Vorwurf des "Bayernkurier", in einer städtischen Bücherei seien auch Bücher von Engelmann und Wallraff sowie zum Paragraphen 218 ausgestellt; an die Kampagne eines CSU-Abgeordneten gegen einen sozialkritischen Song Elvis Presleys in einer satirischen deutsch-bayerischen Übersetzung; an den Infamen Versuch der Münchner Stadtrats-CSU, den renommierten Münchner Volkshochschuldirektor Dr. Rieger im Zusammenhang mit der Terrorismus-Diskussion ins Gerede zu bringen - natürlich ohne die geringste sachliche Grundlage.

Es dürfte eigentlich auch konservative Bürger nicht gleichgültig lassen, das menschlich anständige, von Toleranz und Weltoffenheit geprägte Worte eines Kommunalpolitikers der Union in München nur noch dann zu hören sind, wenn das Fernsehen gerade ein Interview mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Rommel wendet.

Ich appelliere an alle Bürger, die ein freiheitliches Klima erhalten wissen wollen, mit eigenen Initiativen dafür zu sorgen, daß die Hexenjagd auf kritischen Geist eingestellt wird, daß die Zensur unbequemer Sendungen nicht weiter um sich greifen kann, das Apostel der Todesstrafe keine Chance haben, daß das Münchner "Leben und Lebenlassen" nicht in konfessioneller, reaktionärer Enge erstickt. (-/8.11.1977/ks/cd)

Die Freiheit und die CSU

Beispiele außenpolitischer Aktivitäten der Strauß-Partei

Von Karl Hofmann MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eigentlich heißt das Thema der CSU "Freiheit oder Sozialismus", wobei der Sozialismus den Schwerpunkt darstellt. Von der Freiheit wird nur theoretisiert, über Lippenbekenntnisse hinaus kommt diese Partei nicht. Selbst diese CSU-Bekenntnisse stehen im krassen Widerspruch zum praktischen Handeln der sich christlich nennenden Partei:

Während das griechische Volk um seine Freiheit ringt, knüpfen Strauß und seine Freunde mit der Militär-Junta in Athen enge Bande, obwohl bekannt war, daß sie Konzentrationslager errichtet hatten und jede freiheitliche Regung mit Gewalt niederschlugen.

Fast vier Jahrzehnte währte der Faschismus in Spanien. Die CSU bewunderte und stand zu Franco; sie kann für die um freiheitliche Demokratie Kämpfenden keine Sympathie gewinnen.

Ebenso verhält sich die CSU gegenüber Salazar und stellte sich damit in den Widerspruch derer, die in Portugal die Freiheit ersehnten und dann auch errungen haben.

Die Kette des Mißverhältnisses zur Freiheit wird nun von Hans Graf Huyn, CSU-MdB fortgesetzt. Für ihn sind die Freiheitsbewegungen (die ZANU unter Mugabe und die ZAPU unter Nkomo) in Rhodesien nichts anderes, als "von Moskau geschulte Verbrecherbanden".

ZANU und ZAPU aber sind nach ihrem Zusammenschluß zur "Patriotic Front" als Freiheitsbewegungen anerkannt. Doch wer sich im südlichen Afrika um Freiheit, Gleichbehandlung und Menschenrechte bemüht, wird von Graf Huyn (CSU) zur "Verbrecherbande", zum "Werkzeug der Sowjets" abgestempelt.

Die Freiheit bleibt also nur Lippenbekenntnis, wenn der Graf schreibt: "Unsere Zukunft in Freiheit hebt sich von der Zukunft des südlichen Afrika ab: Wir sitzen im gleichen Boot."

Die Freiheit in der Republik Südafrika wird zur Zeit drakonisch eingeengt: "Die Regierung belegte schwarze Journalisten-, Studenten-, Lehrer-, Frauen- und Wohlfahrts-Verbände mit dem 'Bann', der ihnen jede politische Betätigung untersagt und ihre Bewegungsfreiheit drastisch einschränkt."

Das Verbot von zwei Zeitungen nennen nun auch Weiße in Südafrika "den Beginn vom Ende der Pressefreiheit". Ist dies alles das "gleiche Boot", in dem auch die CSU sitzt?

Deutlicher konnten die Aussagen der CSU zu ihrem Freiheitsverständnis nicht ausfallen. Das Thema "Die Freiheit und die CSU" bleibt sicher auf der Tagesordnung - auch und vor allem durch die CSU selbst.

(-/8.11.1977/ks/ja)

+ + +